



© DBB NRW

Besoldungsgespräche: Dialog statt Stillstand

Roland Staude: Erster Schritt in Richtung Attraktivitätsoffensive

Die Besoldungsgespräche sind aus Sicht des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) positiv zu bewerten. Neben der bereits angekündigten linearen Erhöhung konnten noch weitere Verbesserungen erreicht werden.

So steigen die Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020 um 50 Euro monatlich, außerdem erhalten sie einen zusätzlichen Tag Urlaub. Darüber hinaus erhalten die verbeamteten Pflegekräfte eine dynamische Zulage in Höhe von 120 Euro monatlich.

„Damit haben wir einen ersten Schritt in Richtung einer Attraktivitätsoffensive erreichen können“, erklärt Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW.

„Weitere Schritte sollen in zu-
gesagten Gesprächen vereinbart werden.“

Die Teilnehmenden der Besoldungsgespräche haben sich verbindlich darauf verständigt, über Möglichkeiten der Steigerung der Attraktivität im öffentlichen Dienst zu sprechen. Wichtige Themen sollen dabei unter anderem die Gestaltung der Arbeitszeit und Regelungen für Beschäftigte im Schichtdienst sein.

Vereinbarungen der Besoldungsgespräche

Zum 1. Januar 2019 und 2020 erfolgt jeweils eine Anpassung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Höhe von 3,2 Prozent, zum 1. Januar 2021 erfolgt eine Anpassung in Höhe von 1,4 Prozent.

Die Anwärterbezüge sowie die Bezüge der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare steigen jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020 um 50 Euro, außerdem erhalten die Anwärterinnen und Anwärter einen zusätzlichen Urlaubstag.

Die verbeamteten Pflegekräfte erhalten eine dynamische Zulage in Höhe von 120 Euro. Außerdem konnte eine verbindliche Gesprächszusage zu Möglichkeiten der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes, insbesondere zu den Themen Arbeitszeit und zu Regelungen des Schichtdienstes erreicht werden.

2 Interview mit Roland Staude

Berufsspezifische Besonderheiten konnten in Gespräche eingebracht werden



4 DBB NRW Gewerkschaftstag

Digitalisierung braucht Akzeptanz



6 Frank Neuhaus wiedergewählt

Landesverbandstag des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes NRW



© DGVB NRW

Berufsspezifische Besonderheiten konnten in Gespräche eingebracht werden

Interview mit **Roland Staude** zu den Besoldungsgesprächen

DBB NRW Magazin: Wer hat vonseiten der Gewerkschaften, wer vonseiten der Landesregierung an den Besoldungsgesprächen teilgenommen?

Roland Staude: Seitens der Landesregierung haben der Ministerpräsident **Armin Laschet**, der stellvertretende Ministerpräsident **Dr. Joachim Stamp**, der Minister der Finanzen, **Lutz Lienenkämper**, und der Chef der Staatskanzlei, **Nathanael Liminski**, teilgenommen. Der DBB NRW war durch meine Person als 1. Vorsitzenden sowie durch die 2. Vorsitzende **Jutta Endrusch**, den Vorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft NRW, **Manfred Lehmann**, und den 2. Vorsitzenden der komba NRW, **Hubert Meyers**, vertreten. Die DGB-Gewerkschaften waren mit weiteren vier Vertreterinnen und Vertretern beteiligt. Zudem hat der Richterbund NRW an den Gesprächen teilgenommen.

DBB NRW Magazin: Wie war die Atmosphäre während der Gespräche?

Roland Staude: Die Gespräche waren von einer gegenseitigen



Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Besoldungsgespräche

Wertschätzung geprägt. Die Diskussionen waren sachlich, kompetent, wenn auch teilweise kontrovers. Die Gesprächspartner haben aber dabei nie das Ziel, den einvernehmlichen Konsens, aus den Augen verloren.

DBB NRW Magazin: Konnten Sie die Fachgewerkschaften im DBB NRW und ihre verschiedenen speziellen Forderungen berücksichtigen?

Roland Staude: Unsere Delegation deckt fachlich bereits einen Teil der Fachgewerkschaften mit ab. Darüber hinaus war für spezielle Forderungen und Diskussionen das Vorbereitungstreffen mit unseren Fachgewerkschaften im Juni 2018 sehr hilfreich. Durch diesen intensiven Austausch

sind wir erst in die Lage versetzt worden, die teilweise komplizierten berufsspezifischen Besonderheiten und Forderungen fundiert in die Gespräche einzubringen.

DBB NRW Magazin: Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Besoldungsgespräche?

Roland Staude: Bedingt durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zur Besoldung im Jahr 2015 sind die Gespräche komplexer geworden. Zudem haben die Gespräche durch unsere Abkehr von der bisherigen Forderungspraxis hin zu einer zeit- und systemgerechten Übertragung des Volumens des Tarifvertrages auf den Besoldungsbereich einen ganz neuen Charakter erlangt.

Auf Basis des ausgehandelten Tarifvertrages haben wir somit ein akzeptables Ergebnis erzielt, insbesondere da noch verbindliche Gesprächszusagen bezüglich struktureller Maßnahmen gemacht wurden.

DBB NRW Magazin: Was hätten Sie sich darüber hinaus gewünscht?

Roland Staude: Wünschenswert wäre natürlich die direkte Umsetzung von weiteren Strukturmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in NRW gewesen.

Zumindest konnten wir aber erreichen, dass wir eine schriftlich fixierte Gesprächszusage für solche Strukturgespräche vereinbart haben. Dazu gehört unter anderem das Thema Gestaltung der Arbeitszeit und auch die Thematisierung der Belange besonders belasteter Gruppen im öffentlichen Dienst, zum Beispiel der Beschäftigten im Schichtdienst.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Dank für das Gespräch.

DBB intern

Wahl zur VI. Vertreterversammlung der Ingenieurkammer-Bau NRW

Wie berichtet wurde die Wahl zur VI. Vertreterversammlung (VVS) der Ingenieurkammer-Bau NRW Ende letzten Jahres erfolgreich durchgeführt. Das SAI-Team „Selbstständige und angestellte Ingenieurinnen und Ingenieure – Freiwillige

Mitglieder in der IK-Bau NRW“ wurde mit sechs Sitzen in die VI. Vertreterversammlung gewählt. Die konstituierende Sitzung der VI. Vertreterversammlung fand am 22. März 2019 in Essen statt.



Wahlen bei der konstituierenden Sitzung der VI. Vertreterversammlung

DBB NRW Gewerkschaftstag: Digitalisierung braucht Akzeptanz

Leitantrag des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen

Anlässlich des diesjährigen Gewerkschaftstages des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen am 20. und 21. Mai 2019 in Neuss hat der geschäftsführende Vorstand einen Leitantrag gestellt, der hier in Auszügen veröffentlicht wird.

Die Digitalisierung wird – nicht nur – in Nordrhein-Westfalen auf breiter Front vorangetrieben. Bundesweit ist ein ganzes Behördennetzwerk organigrammatisch aufgebaut worden, um die Umsetzung der Ziele in den Bundesländern teilweise bis 2025 (wie in NRW) oder aber geringfügig später zu gewährleisten.

Dabei ist die Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen als mehrjähriger Prozess zu verstehen, der sich aus einer Vielzahl an Projekten zusammensetzt. Der rechtliche Rahmen für die Projekte ist mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (EGovG NRW)“ bereits abgesteckt, die inhaltliche Umsetzung ist in einem Entwurf des Masterplans beschrieben. Nun steht die praktische Umsetzung im Fokus.

Ziel ist es, dem Bürger möglichst alle Dienstleistungen über das Internet digital anzubieten, und zwar von der Beantragung bis zur Bezahlung und digitalen Zustellung des Bescheides.

Innerhalb der Behörden bedeutet dies insbesondere die Umstellung zum papierlosen Büro und zwar durch die Einführung der eAkte. Das wichtigste Element der eAkte ist die elektronische Vorgangsbearbeitung, die jegliche Papierform zukünftig überflüssig machen soll. Jeder hat über Zugriffsrechte jederzeit Zugang zur Akte, die auch jederzeit verfügbar ist. Auch der Aktentransport soll zum eAktentransport werden.

Die Digitalisierung hat aber auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Beschäftigten im öffentlichen Dienst – zum einen auf Arbeitsabläufe und zum anderen auf Arbeitsinhalte.

Es ist beispielsweise davon auszugehen, dass einfache Sachverhalte und Entscheidungen künftig automatisiert von Computersystemen durchgeführt werden können. Folglich werden sich die Aufgaben der Beschäftigten verändern, was durch einen intensiven Schulungs- und Weiterbildungsprozess begleitet werden muss. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung auch das Arbeiten an sich, denn Möglichkeiten wie mobiles Arbeiten und die Telearbeit können weiter ausgebaut werden. Das bietet den Beschäftigten ein hohes Maß an Flexibilität und kann durch die Reduzierung von Wartezeiten auch einen Beitrag zur Verbesserung der Work-Life-Balance darstellen. Aber auch betriebswirtschaftlich kann die Ausweitung dieser neuen Arbeitsformen sinnvoll sein, da z. B. durch Desk-Sharing langfristig der Bedarf an Büroflächen reduziert werden kann.

Zur Umsetzung dieser vielfältigen Maßnahmen in der NRW-Landesverwaltung wurde von der NRW-Landesregierung das

Programm „Digitale Verwaltung NRW“ unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIDE) ins Leben gerufen. Für den Prozess wird interner und externer Sachverstand benötigt. Die Landesverwaltung ist dazu mit eigenem, zusätzlichem Personal auszustatten, das mit entsprechendem Know-how die Geschicke in diesem anspruchsvollen Programm beim Chief Information Officer (CIO) beim MWIDE und in den Ressorts eigenverantwortlich und selbstbewusst steuert und lenkt. Um entsprechendes Personal zu gewinnen und zu binden, müssen die Verdienstmöglichkeiten von IT-Fachkräften in der öffentlichen Verwaltung auf den Prüfstand. Der Einsatz von externen Beratern ist sicherlich notwendig, allerdings differenziert zu betrachten. Es ist darauf zu achten, dass Beratungsunternehmen tatsächlich auch nur beratend tätig werden. Die wesentliche Projektarbeit muss bei der Verwaltung bleiben. ■

Forderungen des DBB NRW:

- **Digitalisierung braucht Akzeptanz.** Daher sind die Beschäftigten nicht nur über die laufende Entwicklung zu informieren, sondern von Beginn an aktiv zu beteiligen und einzubinden.
- In der Aufbau- und Erprobungsphase ist mit einer Doppelstruktur zu rechnen, die entsprechend mehr Personal erfordert. Dieser **Personalmehrbedarf** ist den Dienststellen zur Verfügung zu stellen.
- Die **Personalvertretungsrechte** sind fortzuentwickeln, um den Anforderungen der Digitalisierung unter anderem mit neuen Kontrollmöglichkeiten und zunehmend flexiblen Arbeits- und Organisationsformen Rechnung zu tragen.
- Die Einführung des elektronischen Verfahrens führt zu veränderten Abläufen, zum Wegfall herkömmlicher und zur Entstehung neuer Aufgaben mit oft veränderten Qualitätsanforderungen. Dem ist in der **Aus- und Fortbildungsplanung** sowie bei der Stellenbewertung entsprechend Rechnung zu tragen.
- **Mobiles Arbeiten ist in allen Verwaltungen** zu ermöglichen. Dabei darf mobiles Arbeiten nicht zur Fortsetzung der Arbeit bei Spitzenbelastung zu Hause eingesetzt werden, sondern muss Dienststelle/Arbeitgeber und Beschäftigten gleichermaßen dienen.
- Benötigte Endgeräte und Arbeitsplätze für das **Mobile Arbeiten beziehungsweise für die Telearbeit** müssen grundsätzlich unter Berücksichtigung ergonomischer Anforderungen vom Dienstherrn/Arbeitgeber bereitgestellt werden. Dabei ist auf Transparenz in Bezug auf die Kontrollmöglichkeiten und deren Nutzung durch den Arbeitgeber zu achten.
- Die Inanspruchnahme **flexibler Arbeitsformen** muss nach verlässlichen und verträglichen Regeln erfolgen. Insbesondere bezieht sich dies auf die Arbeitszeitregelungen, Ruhepausen, maximale Arbeitszeitkorridore, Ergonomie des Arbeitsplatzes. Diese Kriterien sind in Form einer Dienstvereinbarung zwischen Dienststelle/Arbeitgeber und Personalrat zu vereinbaren.
- **Soziale Kontakte und der informelle Austausch von Wissen** und Informationen müssen trotz einer Fortschreitung von Mobilem Arbeiten beziehungsweise Telearbeit gesichert bleiben. Das Angebot, mobil zu arbeiten, muss zudem auf Freiwilligkeit beruhen. Wirtschaftliche Erwägungen, Büroraum einzusparen, dürfen vom Dienstherrn/Arbeitgeber nicht mit dem Druck auf Beschäftigte verbunden werden, den Arbeitsplatz in den eigenen Haushalt zu verlegen. Bestimmte „Inhouse-Zeiten“ sind verbindlich festzulegen und ein entsprechender Arbeitsplatz ist in diesen Zeiten zu gewährleisten.
- Die notwendige **externe Beratung** für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben zur Digitalisierung der Landesverwaltung hat keine originären Aufgaben der Landesverwaltung zu übernehmen. Für die Steuerung des Prozesses ist ggf. zusätzliches qualifiziertes Personal einzustellen. Hierzu muss auch über neue Wege der Rekrutierung geeigneter IT-Fachkräfte für die Landesverwaltung nachgedacht werden.

DBB intern

Neuwahlen DBB SV Remscheid: Thomas van Aken übergibt Staffelstab

Am 21. März 2019 hat die Mitgliederversammlung des DBB Stadtverbandes Remscheid stattgefunden, bei dem der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden **Wolfgang Römer** vertreten war. Dieser bedankte sich beim langjährigen Vorsitzenden **Thomas van Aken**.

Durch den Gesamtvorstand wurden folgende Kollegin und Kollegen jeweils einstimmig in den geschäftsführenden Vorstand gewählt:

Als Vorsitzender (und Pressesprecher) **Torsten Helbig** (komba), als stellvertretender Vorsitzender (und Kassierer) **Mathias Heidtmann** (VBE), als stellvertretender Vorsitzender (und Schriftführer) **Andreas Babik** (DPoIG), als weitere stellvertretende Vorsitzende **Axel Schad** (NahVG) und **Robert Lehnhardt** (NahVG). Neue Kreisjugendleiterin ist **Jennifer Rügenhaus** (komba).

Mathias Heidtmann, Jennifer Rügenhaus, Torsten Helbig, Thomas van Aken, Axel Schad und Wolfgang Römer (es fehlen Robert Lehnhardt und Andreas Babik) (von links)



DPoIG Bundespolizeigewerkschaft – Bezirksverband NRW

Delegiertentag wählt mit **Hauke Reetz** neuen Vorsitzenden

Bei den Vorstandswahlen auf dem 3. Delegiertentag des Bezirksverbandes Nordrhein-Westfalen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft am 13. bis 15. März 2019 wurde Hauke Reetz (OV Dortmund) als neuer Vorsitzender gewählt. Er löst damit **Christian Notzon** als bisherigen Vorsitzenden ab.

Auf dem Delegiertentag wurden nicht nur richtungsweisende Beschlüsse getroffen, sondern es konnten zudem Gäste begrüßt werden.

So nahmen an der öffentlichen Veranstaltung neben dem Bundesvorsitzenden **Ernst G. Walter** unter anderem der Präsident der Deut-

schen Polizeihochschule Münster/Hiltrup, **Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange**, der Präsident der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin, **Wolfgang Wurm**, der allseits bekannte CDU-Innenpolitiker **Wolfgang Bosbach**, der DPoIG-Bundesvorsitzende **Rainer Wendt** sowie der Erstellvertretende Bundesvorsitzende der DPoIG

Bundespolizeigewerkschaft, **Heiko Teggatz**, teil.

Bei den Vorstandswahlen wurde zur Ersten Stellvertreterin **Dajana Burmann** (OV Düsseldorf), zum Geschäftsführer **Dirk Jablonski** und zum Schatzmeister **Andreas Frese** (beide OV Flughafen CGN), zu stellvertretenden Vorsitzenden **Christoph Nienhaus** (OV Flughafen DUS), **Kathrin Klein** (MKÜ) und **Manfred Feiwald** (OV Düsseldorf) sowie zu weiteren Vorstandsmitgliedern **Michael Diek** (OV Münster) und **Christian Storms** (OV Kleve) gewählt.

Das neue Team, das zum größten Teil aus Personen besteht, die bereits im alten Vorstand aktiv waren und Funktionen bekleideten, wird unterstützt durch viele hochmotivierte Beauftragte für Tarif, Gleichstellung, Schwerbehinderte, Jugend, Senioren sowie Aus- und Fortbildung.

Anstrengend, arbeitsreich, intensiv, effektiv, informativ, spannend und gesellig, so könne man den 3. Delegiertentag des Bezirksverbandes NRW nach Aussage des neuen Vorsitzenden beschreiben. ■



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft – Bezirksverband NRW

DBB intern

Obergerichtsvollzieher Frank Neuhaus einstimmig wiedergewählt

Landesverbandstag des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes Nordrhein-Westfalen

Beim alle vier Jahre stattfindenden Landesverbandstag des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes Nordrhein-Westfalen (DGVB NRW) wurde Obergerichtsvollzieher **Frank Neuhaus** aus Arnberg einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Staude**, gratulierte herzlich und überbrachte die besten Wünsche des DBB NRW Vorstandes.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse mit Angriffen auf Gerichtsvollzieher erklärte der ebenfalls am Landesverbandstag teilnehmende Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, **Peter Biesenbach** (MdL), dass die

Steigerung der Sicherheit der Gerichtsvollzieher zum Beispiel durch Informationsgewinnung über gewaltbereite Schuldner durch Einsichtnahme in öffentliche Register im Ministerium an allen zuständigen Stellen intensiv geprüft werde. Jedoch

sei die Umsetzung wegen des Datenschutzes nicht einfach.

Frank Neuhaus erwiderte, dass die Sicherheit seiner Kolleginnen und Kollegen nicht am Datenschutz scheitern dürfe. Die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher brauchten umfassende Auskünfte über die Schuldner, wenn sich Hinweise über eine Gewaltbereitschaft ergeben.

Darüber hinaus, so Neuhaus, müsse die Zusammenarbeit mit der Polizei verbessert werden.

Die Polizei sollte die Gerichtsvollzieher als Kollegen verstehen und bei Bedarf umfassend Hilfe gewährleisten. Der vom



Bettina Marchlewski (stellvertretende Landesvorsitzende), Heike Köllner (scheidende Landesschatzmeisterin), Frank Neuhaus, Astrid Petersen (scheidende stellvertretende Landesvorsitzende)

DGVB NRW vorgelegte **Masterplan Sicherheit** muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

Roland Staude sowie der stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW, **Wolfgang Römer**,

ehrten die langjährige stellvertretende Vorsitzende **Astrid Petersen** für ihre herausragende Leistung in der über 20-jährigen aktiven Arbeit im Deutschen Gerichtsvollzieherbund NRW und den Gremien des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion NRW und zeichneten Astrid Petersen mit der silbernen Ehrennadel aus.

Zur Stellvertreterin von Frank Neuhaus wurde ebenfalls einstimmig Obergerichtsvollzieherin **Bettina Marchlewski** aus Mülheim an der Ruhr gewählt. Neuer Landesverbandsgeschäftsführer wurde Obergerichtsvollzieher **Stephan Piel** aus Köln. Neue Landesschatzmeisterin wurde Obergerichtsvollzieherin **Silke Severin** aus Essen. ■

Peter Silbernagel hört nach 17 Jahren PhV-Vorsitz auf

Sabine Mistler übernimmt Vorsitz des Philologen-Verbands Nordrhein-Westfalen

Der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen (PhV NW) hat am 29. März 2019 mit großer Mehrheit die erfahrene Gymnasiallehrerin und bisherige stellvertretende Vorsitzende Sabine Mistler zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie erhielt 210 der 213 abgegebenen Stimmen.

Zuvor hatte es sich **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, nicht nehmen lassen, sich bei dem langjährigen bisherigen Vorsitzenden des Verbandes, **Peter Silbernagel**, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit zu bedanken. „Du warst das Gesicht deines Verbandes und hast ihn immer hervorragend gegenüber dem DBB NRW präsentiert“.

„**Aura Peter Silbernagel**“

Er erinnerte an die ersten Besoldungsgespräche 2014 in Nordrhein-Westfalen, an der auch Peter Silbernagel beteiligt war. „Du hast durch deine dich prägende Art, Kompromissbereitschaft, argumentative Überzeugungs-fähigkeit,

hohes Maß an fachlicher Kompetenz, Besonnenheit und etwas, was man nicht beschreiben kann, eben die „Aura Peter Silbernagel“ entscheidend dazu beigetragen, dass wir an

diesem Abend als DBB NRW doch noch ein Ergebnis mit der damaligen Landesregierung erzielt haben.“

Bei den aufgrund von Pensionierungen erforderlich gewordenen Nachwahlen wurden neben Sabine Mistler zum stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Nordrhein **Patrick Albrecht** und zum Refe-

renten für Öffentlichkeitsarbeit **Lars Strotmann** gewählt.

Der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen vertritt als Berufsverband die berufs- und bildungspolitischen Interessen der verbeamteten und angestellten Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskollegs in NRW. ■



Bisheriger und neue Vorsitzende(r): Peter Silbernagel und Sabine Mistler

Herausgeber: Deutscher Beamtensbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Markus Klügel (MK).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB verlag gmbh. **Internet:** www.DBBverlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@DBBverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.
Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Erste Bildungskonferenz der dbb jugend nrw

Digitalisierung, Inklusion, Lehrgesundheit und Attraktivität des Lehrberufs

Um aktuelle schulpolitische Fragen zu diskutieren, führte die Jugendorganisation des Deutschen Beamtensbundes Nordrhein-Westfalen Mitte März ihre erste Bildungskonferenz durch. Zu den Teilnehmenden gehörten interessierte junge Lehrkräfte sowie die Sprecherin für Schule der nordrhein-westfälischen FDP-Fraktion, Franziska Müller-Rech.



Mit interessierten jungen Lehrkräften führte die dbb jugend nrw am 16. März ihre erste Bildungskonferenz durch.

Junge Lehrkräfte aus vier verschiedenen Schulformen waren zur ersten Bildungskonferenz der dbb jugend nrw am 16. März nach Düsseldorf gekommen, um zu aktuellen schulpolitischen Fragen ins Gespräch zu kommen. In den Vordergrund der Konferenz hatte die Jugendorganisation die Themen Digitalisierung, Inklusion und Lehrgesundheit sowie Attraktivität des Lehrberufs gestellt. Die Sprecherin für Schule der FDP-Fraktion, Franziska Müller-Rech,

nahm sich über 90 Minuten Zeit, um den anwesenden Lehrkräften zuzuhören, Anregungen aufzunehmen und Fragen zu beantworten. Interessiert nahm sie Hinweise auf, wo gesetzliche Vorgaben nicht bei den Betroffenen ankommen und welche Maßnahmen wirklich zu einer Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer führen würden.

Die Probleme sind vielfältig und nicht überall kommen die Vorgaben der Landesregierung an. Beim Thema Digitalisierung zeigte sich schnell, wie unterschiedlich die Problemlagen sind. An einer Schule gibt es zwar Tablets für eine ganze Klasse – aber kein WLAN.

In einer Kommune sind die Anträge seit Jahren geschrieben, werden aber aus Perso-

nalmangel so schleppend bearbeitet, dass die Technik veraltet ist, bevor sie in den Schulen ankommt. An der nächsten Schule gibt es für 1600 Schülerinnen und Schüler ganze 60 Tablets.

In der zweiten Arbeitseinheit der Konferenz konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag alle Schwierigkeiten und Probleme von der Seele schreiben. Angelehnt an die Methode des Worldcafés wurden zunächst die aktuellen Herausforderun-

gen zu den benannten Themen notiert. Anschließend wurden Lösungsideen diskutiert. An manchen Schulen gibt es bereits Konzepte, die sich bewährt haben und mit Interessierten geteilt wurden. Bei anderen Herausforderungen müssen konkrete Forderungen an die Politik gestellt werden. Diese Anregungen nimmt die AG Bildung der dbb jugend nrw gerne mit, um an diesen Themen weiterzuarbeiten und konkrete Verbesserungsvorschläge an die Politik zu formulieren. **MK**

Ehemaliger DBB Kreisverbandsvorsitzender Herford Volker Helm gestorben



Im Alter von nur 59 Jahren ist der ehemalige Vorsitzende des DBB Kreisverbandes Herford, Volker Helm (BSBD), plötzlich und unerwartet verstorben.

Der DBB Kreisverband ist sehr bestürzt und in tiefer Trauer anlässlich des viel zu frühen Todes von Volker Helm. Aufgrund seiner Initiative und seines Engagements gibt es seit 2013 wieder einen aktiven DBB Kreisverband Herford. Von 2014 bis

2018 war er Vorsitzender des Kreisverbandes, bevor er wegen seines nahenden Ruhestandes den Vorsitz an Jochen Vogel (DStG) übergab. Dieser wohlverdiente Ruhestand war Volker Helm nicht mehr vergönnt.

Der DBB Kreisverband Herford wird Volker Helm stets in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ■